

JOSEF BECKER

Deutsche Wege
zur nationalen Einheit

Historisch-politische Überlegungen
zum 3. Oktober 1990



Augsburger
Universitätsreden 19

Augsburger Universitätsreden 19

*Herausgegeben vom
Präsidenten der Universität*

JOSEF BECKER



Foto: Helmut Hien

Prof. Dr. Dr. h. c. Josef Becker
Präsident der Universität
Augsburg

**Deutsche Wege
zur nationalen Einheit**

**Historisch-politische Überlegungen
zum 3. Oktober 1990**

.Augsburg 1990

Deutsche Wege zur nationalen Einheit

Historisch-politische Überlegungen zum 3. Oktober 1990¹

Im Jahre 1980 nahm der damalige Oppositionsführer im Bundestag Helmut Kohl an einem Historiker-Kolloquium an der Universität Erlangen, dem Wohnsitz seines Heidelberger Doktorvaters W. P. Fuchs, teil, das dem Thema "Nation, Nationalismus, Nationalstaat" gewidmet war. Die wissenschaftlichen Referate zur "Deutschen Frage" und zum Problem ihrer Lösbarkeit im Sinne des Nationalstaates Bismarckscher Prägung waren in ihrem Tenor pessimistisch - jedenfalls viel skeptischer als, damals wie später, die öffentlichen Äußerungen des CDU-Vorsitzenden zur Deutschlandpolitik.

Helmut Kohl, in der kritischen Erlanger Runde schließlich befragt,

¹ Text eines Vortrages, der am 22. November 1990 die Augsburgener Ringvorlesung "Deutschland, einig Vaterland" eröffnete. Der Vortrag wurde mit geringfügigen Modifikationen, die sich aus den jeweils anderen Hörerkreisen ergaben, und wenigen Ergänzungen erstmals am "Tag der deutschen Einheit" am 3. Oktober 1990 in dem Festakt der Stadt Augsburg im Goldenen Saal des Augsburgener Rathauses und am 16. November 1990 anlässlich des Augsburgener Universitätstages in Donauwörth gehalten. Auf eingehendere Literaturangaben (vor allem aus der Flut an Publikationen 1989/90) wird verzichtet; Grundgedanken und Grundlinien dieses Vortrages gehen auf folgende Publikationen des Verfassers (und die dort angegebene Literatur) zurück: Die Deutsche Frage als Problem des internationalen Staatensystems. In: Politische Studien 31, 1980; Der Krieg mit Frankreich als Problem der kleindeutschen Einigungspolitik Bismarcks 1866-1870. In: Michael Stürmer (Hg.): Das kaiserliche Deutschland 1870-1918. Düsseldorf 1970; Deutsche und Polen vor der Hypothek der Geschichte. In: Politische Studien 30, 1979; Weltmacht oder Untergang. Der Weg von Hitlers Reich in den Zweiten Weltkrieg. In: Helmut Altrichter/Josef Becker (Hg.): Kriegsausbruch 1939. Beteiligte, Betroffene, Neutrale (Augsburger Ringvorlesung 1988/89). München 1989; Die Deutsche Frage in der internationalen Politik 1941-1949. In: Josef Becker/Theo Stammen/Peter Waldmann (Hg.): Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz. München 2. Aufl. 1987.

was er denn konkret meine, wenn er von Wiedervereinigung spreche, ob er dann an den föderalistisch organisierten Nationalstaat Bismarcks und der Hohenzollern von 1871 oder an die Staatenkonföderation des Deutschen Bundes denke, wie sie der Wiener Kongreß 1815 am Ende der Ära Napoleon geschaffen hatte, antwortete knapp und bündig: "maximal 1815".

Ich habe diese zehn Jahre zurückliegende Episode nicht erzählt, um mit einem weiteren Beispiel zu belegen, wie absolut unerwartet die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates auf dem durch zwei Weltkriege im Osten, Westen und Norden verkleinerten Territorium des ehemaligen Bismarck-Reiches ist. Die Erinnerung an Kohls Diktum von 1980 sollte nur auf den weiteren historischen Horizont verweisen, in dem sich für die Politiker in Ost und West die Lösung der "Deutschen Frage" vollzieht. "Deutsche Frage" - das war und ist seit der Epoche der Französischen Revolution das Problem der territorialen und nationalen Organisation des mitteleuropäischen Siedlungsraumes der Deutschen; das war und ist das Problem der Position der "Deutschländer" bzw. Deutschlands im internationalen Staatensystem; "Deutsche Frage" - das bedeutet nicht zuletzt das Problem der politisch-gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verfassung der Deutschen - ein Komplex, der jetzt zum zweiten Mal seit dem Wiener Kongreß vor 175 Jahren in einem "Konzert der Großen Mächte" (wie es in der Sprache des 19. Jahrhunderts hieß), also in einer europäischen Friedensordnung, geregelt wird.

Es ist die dritte Chance einer Nationalstaatsgründung, die die Deutschen seit der Errichtung des Bismarck-Reiches 1871 und der Proklamation des Großdeutschen Reiches durch Hitler 1938 wahrnehmen können. Die "deutschen Wege zur nationalen Einheit" und die damit verbundenen Ziele waren jeweils fundamental verschieden. Historische Vorbedingungen und Zukunftschancen jenes deutschen Nationalstaates, dessen Geschichte am 3. Oktober dieses Jahres begonnen hat, lassen sich leichter abschätzen bei einem Rückblick auf Entstehung und Schicksal der beiden Reiche, mit denen die Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert zwei nationale Optionen verwirklicht haben: den kleindeutsch-großpreußischen Bundesstaat der Hohenzollern-Monarchie und den großdeutschen Einheitsstaat in der totalitären Diktatur Hitlers.

I

Der kleindeutsche Nationalstaat unter Ausschluß Österreichs und unter Führung Preußens oder der großdeutsche Nationalstaat unter Einschluß Österreichs und unter Führung Wiens (mit einem erheblich höheren Anteil fremder Nationalitäten) - das war erstmals eine konkrete politische Alternative im Revolutionsjahr 1848/49. Beide Modelle scheiterten nicht nur an den innerdeutschen Gegensätzen, an dem Widerstreit dynastischer und konfessioneller, politischer und wirtschaftlicher Interessen. Beide riefen die Gegenwirkung der Großmächte - vor allem Rußlands - in dem noch funktionierenden "Konzert der Mächte" des Wiener Systems hervor. Bismarck hat die Frage 1864-1870/71 mit "Eisen und Blut" zugunsten der kleindeutsch-großpreußischen Lösung entschieden - in drei von ihm herbeigeführten Kriegen, mit virtuoser Diplomatie, dank der überlegenen Strategie des preußischen Generalstabs und unter Einsatz der modernen Militärtechnologie, die die Industrielle Revolution der aufsteigenden Wirtschaftsmacht Preußen zur Verfügung stellte.

Kriege waren - die zeitlich parallel laufende italienische Einigung belegt dies - geläufige Mittel nationaler Einigung. Daß Bismarck seine Einigungskriege erfolgreich führen konnte, ohne daß Rußland - wie im Gefolge der 48er Revolution - intervenierte und England vitale Interessen bedroht sah, das lag vor allem an Bismarcks beschränkter Zielsetzung und an einer neuen außenpolitischen Konstellation: die kleindeutsche Einheit verschob innerhalb des bestehenden Systems der fünf europäischen Großmächte vorläufig lediglich die Gewichte, ohne die kontinentale "Balance of Power" sofort völlig zu sprengen, wie dies eine großdeutsche Lösung getan hätte. Und vor allem: das "Konzert der Mächte", das den Status quo seit dem Wiener Kongreß garantiert hatte, war über der sogenannten "Orientalischen Frage" - dem Problem des russischen Einflusses auf den Balkan und im Vorderen Orient - auseinandergebrochen. Im Krim-Krieg mit den Westmächten und dem Osmanischen Reich in den 1850er Jahren hatte Rußland vor allem aufgrund seines ökonomischen und technischen Modernitätsrückstandes eine Niederlage hinnehmen müssen, deren Auswirkungen nur zu beheben waren, wenn der Zar zu sozialen und wirtschaftlichen Reformen bereit war, die weiter gingen als alle staatlichen Eingriffe in die russische

Gesellschaft seit der Regierung Peters des Großen eineinhalb Jahrhunderte zuvor².

Bauernbefreiung und Eisenbahnbau (also wirtschaftlich-soziale und technische Modernisierung) markierten vor allem diese Reformen. Der begrenzten inneren Liberalisierung entsprach in der Außenpolitik eine größere Toleranz gegenüber den Veränderungen des Status quo des Wiener Systems von 1815. Denn der Reformzwang hatte nicht nur die Konsequenz einer erheblichen Verringerung der kontinentaleuropäischen Interventionskapazität und des politischen Interventionswillen des Zarenreichs in den 1860er Jahren; die Notwendigkeit grundlegender Reformen führte auch zu einer Revision der transkontinentalen Expansionspolitik Rußlands: Zar Alexander II. verkaufte 1867 seine amerikanische Kolonie Alaska an die USA - ein Vorgang, in dem Kritiker Gorbatschows heute eine Parallele zur Preisgabe der DDR gegen die Zahlung von DM-Milliarden sehen.

Der Zwang zum tiefgreifenden sozialen und wirtschaftlichen Umbau, zur "Perestroika" des Zarenreiches nach dem Krim-Krieg hat Bismarck nicht nur maßgeblich den außenpolitischen Spielraum eröffnet, um 1866 in einem Bruderkrieg mit der Mehrheit der Staaten des Deutschen Bundes den preußisch-österreichischen Dualismus um die Führung in Deutschland zu entscheiden und mit dem Norddeutschen Bund den potentiellen Kernstaat eines kleindeutschen Nationalstaates zu gründen. Der Reformkurs Alexanders II. - gemeinsam mit dem vorwiegenden Engagement Großbritanniens in Übersee - sicherte Bismarck auch die diplomatische Rückenfreiheit, um in einem provozierten Defensivkrieg mit Frankreich die kleindeutsche Einheit unter Führung Preußens zu besiegeln.

Nicht durch "Kohle und Stahl" (J.M. Keynes) - also als Folge eines zwangsläufigen wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses - waren bis 1870/71 die Widerstände in den süddeutschen Staaten gegen einen

Beitritt zum Norddeutschen Bund zu überwinden. Im Gegenteil: Wenige Jahre nach dem Triumph über Österreich 1866 schien sich eine gegenläufige Entwicklung anzubahnen, die der liberalen kleindeutschen Nationalbewegung und der großpreußischen Politik Bismarcks wesentliche Voraussetzungen entzog. Klar war aber andererseits, daß alle Opposition in den süddeutschen Staaten schwinden würde, wenn die antinapoleonischen Ängste und die antifranzösischen Nationalgefühle aus der Zeit der Befreiungskriege wieder erweckt wurden. Der provozierte Einigungskrieg gegen Frankreich 1870/71 war daher nicht nur eine Folge der machtpolitischen Rivalität zwischen Paris und Berlin um die Vormachtposition auf dem Kontinent - er war auch eine Bedingung dafür, daß die in Süddeutschland bei einer friedlichen Entwicklung offensichtlich ausbleibende Zustimmung der breiten Mehrheit zu dem Anschluß an den Norddeutschen Bund unter Preußens Vorherrschaft herbeigeführt werden konnte.

Der Krieg mit Frankreich war indessen nicht nur ein nationaler, sondern auch ein konstitutioneller und damit sozialer Integrationskrieg³. Schon Jakob Burckhardt hat festgestellt, daß der Krieg gegen Frankreich zugleich auch ein Krieg gegen die Revolution, gegen die "Ideen von 1789" war, daß mit diesem Krieg eine tiefgehende politisch-soziale Krise Preußens abgeschnitten wurde. Es war eine Krise, in der zunächst die politisch-soziale Entwicklung auf die Umwandlung der preußischen Militärmonarchie in eine parlamentarische Monarchie nach britischem Vorbild hinzulaufen schien. Der Krieg von 1870/71 hat für fünf Jahrzehnte entschieden, daß Preußen und damit das Deutsche Reich nur partiell modernisiert wurden - vor allem in Wirtschaft, Recht und Kultur -, ohne daß jedoch die Machtgrundlagen der alten Eliten durch den Übergang zum parlamentarischen System in Frage gestellt wurden. Verfassungspolitisch bedeutete der "gestoppte Konstitutionalismus" des Bismarckreiches die Stabilisierung einer obrigkeitstaatlichen Form zwischen der parlamentarischen Monarchie des Westens und der autokratischen Monarchie des Ostens. In dieser Wende gegen die - wie wir heute sagen würden - politische Kultur Westeuropas, in die-

2 Rex Rexheuser/Karl-Heinz Ruffmann: Rußland und die Deutsche Frage in der Zeit vor 1870/71 und seit 1944/45. In: Josef Becker/Andreas Hillgruber (Hg.): Die Deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert. Referate und Diskussionsbeiträge eines Augsburger Symposions 23. bis 25. September 1981. München 1983, S. 426 f.

3 Vgl. zuletzt: Philippe Levillain/Rainer Riemenschneider (Hg.): La Guerre de 1870/71 et ses conséquences. Bonn 1990, S. 526 ff.

sem deutschen "Sonderweg"⁴ haben die Eliten des deutschen Reiches bis weit in die Zeit des Dritten Reiches hinein ein notwendiges Spezifikum deutscher Politik gesehen. Dieses verfassungspolitische Erbe des Bismarck-Reiches sollte später zu einer der wesentlichen Vorbelastungen der Weimarer Republik und einem der Gründe ihres Scheiterns werden.

Bismarcks Weg zur kleindeutschen Einigung hat nicht nur durch ihr Prinzip der "Integration durch Aggression" (Chr. v. Krockow) und als systemstabilisierende "Revolution von oben", sondern auch kraft ihrer außen- und nationalpolitischen Konsequenzen den ersten Nationalstaat der Deutschen mit erheblichen Hypotheken belastet. Vor allem die Annexion des Elsaß' und von Teilen Lothringens gegen den Willen der Mehrheit ihrer Bevölkerung mußte Frankreich auf Jahrzehnte hinaus zum sicheren Partner jeder potentiellen antideutschen Allianz machen. Bismarcks Politik in dieser Frage wird allerdings nur dann richtig eingeordnet, wenn man berücksichtigt, daß für die deutsche Öffentlichkeit generell der Gewinn von Elsaß und Lothringen ebenso selbstverständlich war wie für Napoleon und die französische Öffentlichkeit im Falle einer Niederlage Preußens die Annexion großer Teile des Rheinlandes. Im Norden des neuen Reiches schuf die Einverleibung von Schleswig-Holstein in Preußen ein dänisches Nationalitätenproblem, das nach der Nichteinlösung von Bismarcks Zusage einer Volksabstimmung in Nordschleswig Jahrzehnte fortbestand und dessen letzte Konsequenzen erst in den 1950er Jahren durch völbildliche Minderheiten-Regelungen zwischen der Bundesrepublik und Dänemark behoben wurden. Mit Posen und Westpreußen, die gemeinsam mit Ostpreußen bis 1866 nicht dem Deutschen Bund angehört hatten, wurden Gebiete in das Deutsche Reich eingegliedert, die erst durch die Auslöschung Polens in den Teilungen Ende des 18. Jahrhunderts an Preußen gekommen waren und nun - neben den dort ansässigen Deutschen - eine starke polnische Minorität in den neuen Nationalstaat einbrachten.

4 Vgl. Martin Broszat (Hg.): Deutscher Sonderweg - Mythos oder Realität? München 1982, Bernd Faulenbach: Eine Variante europäischer Normalität? Zur neuesten Diskussion über den "deutschen Weg" im 19. und 20. Jahrhundert. In: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 16, 1987 und Jürgen Kocka: German History before Hitler: The Debate about the German Sonderweg. In: Journal of Contemporary History 23, 1988.

Die Fortdauer der polnischen Teilung war in einem doppelten Sinn eine Grundbedingung für die Errichtung des Deutschen Reiches: Die Aufrechterhaltung der Annexionsgemeinschaft mit Rußland und die Bereitschaft Preußens, wie zuletzt 1863 an der Unterdrückung jeder polnischen Unabhängigkeitsbewegung mitzuwirken, war einer der wesentlichen Faktoren der Interessenkonvergenz zwischen St. Petersburg und Berlin; und sie war die Voraussetzung für die territoriale Einheit Preußens von Memel und Tilsit bis zur Elbe, damit aber - nach den dominierenden Vorstellungen der Zeit - die Grundbedingung für die Großmachtposition des ersten Nationalstaates der Deutschen. Die Entschiedenheit, mit der Polen 1989/90 im Vorfeld der Neugründung eines kleindeutschen Nationalstaates auf einer Garantie seiner Grenzen und seiner territorialen Integrität bestand, war nicht nur eine Frucht der bitteren Erfahrung der vierten polnischen Teilung von 1939 durch Hitler und Stalin wie der Jahre der nationalsozialistischen Okkupation bis 1945. Sie ist auch nicht allein auf der Folie des polnischen Nationalismus zu erklären. Sie wird primär verständlich vor dem Hintergrund der Errichtung des ersten deutschen Nationalstaates auf den Trümmern des polnischen Staates.

Unter den Historikern besteht heute kein Dissens mehr darüber, daß das Bismarck-Reich in seiner Leitung "Genie brauchte" (A. Hillgruber), um den neuen Nationalstaat außenpolitisch vor den Folgen seiner Gründung zu schützen. Denn die wirtschaftliche und militärische Machtkonzentration in dem neuen Reich entfaltete ihre eigene, über Bismarcks Zielsetzung hinaustreibende Dynamik. Für eine machtbewußte und machthungrige Generation wäre - nach einem Wort Max Webers - die Reichsgründung als ein überflüssiger "Jugendstreich" besser unterblieben, wenn das Bismarck-Reich auf Weltpolitik verzichtet und sich an der imperialistischen Aufteilung des Globus nicht beteiligt hätte.

Bismarck hatte das Reich in Europa für "saturiert" erklärt; er wollte sich mit einer für das europäische Staatensystem gerade noch akzeptablen "halbhegemonialen Stellung" des kleindeutschen Nationalstaates begnügen. Es war allerdings auch sein persönliches Erbe, daß die politische Elite des neuen Reiches nie bereit war, die Konsequenzen aus der ungünstigen geostrategischen Mittellage des Reiches im Zeitalter des Imperialismus zu ziehen und sich auf die Rolle des Juniorpartners einer der anderen Großmächte - sei es

Englands, sei es Rußlands - einzustellen. Bismarck selbst ahnte bei seiner Entlassung vor hundert Jahren, daß sein kunstvolles und künstliches System der Allianzen trotz der strategischen Barrierefunktion, die Elsaß-Lothringen gegenüber Frankreich zugeschrieben worden war, zwei Jahrzehnte nach der Reichsgründung an seine Grenzen gestoßen war. Im Hinblick auf außenpolitische Krisensituationen konnte Bismarck daher auch mit dem Gedanken spielen, im Fall eines erneuten Krieges mit Frankreich Burgund zu annektieren, die dortige französische Bevölkerung ganz daraus zu entfernen und durch Deutsche aus Westfalen und Mecklenburg zu ersetzen - ein Gedanke, der während des Ersten Weltkrieges in Projekten zur vollständigen Germanisierung eines polnischen Grenzstreifens wieder auftauchte, den Bismarck aber selbst bei anderer Gelegenheit als Gedankengut aus der Zeit Karls des Großen und als im 19. Jahrhundert nicht mehr realisierbar bezeichnete⁵. Es lag jedenfalls in der inneren Logik der Politik des "Eisernen Kanzlers", daß die nachfolgende Führungsgeneration der Deutschen (wie im übrigen schon der Reichsgründer selbst) vor der faktischen Alternative "Weltmacht oder Niedergang" in der Zeit um die Jahrhundertwende das Risiko des Zweifrontenkrieges nicht scheute und damit im Ersten Weltkrieg den kleindeutschen Nationalstaat aufs Spiel setzte.

II

Die Entwicklung einer außenpolitischen Konstellation, die entfernt vergleichbar war mit jener der "Krim-Kriegs-Konstellation", hat es dem ersten Nationalstaat der Deutschen ermöglicht, über die militärische Niederlage und die Revolution von 1918 hinweg die staatliche Einheit und den Rang einer potentiellen Großmacht zu bewahren. Dies, obwohl im Versailler Vertrag mit den überseeischen Kolonien und Elsaß-Lothringen die wesentlichen Territorialgewinne Bismarcks seit 1870 verlorengingen, obgleich mit dem überwiegend dänisch besiedelten Nordschleswig ein Teil der

preußischen Annexionen von 1866 aus dem Reichsverband ausschied und mit Westpreußen und Posen der Großteil des preußischen Gebietszuwachses aus den polnischen Teilungen mit seinem erheblichen deutschen Bevölkerungsanteil als Korridor zur Ostsee an den neuen polnischen Staat fiel und damit ein neues, nach den Maßstäben der Zeit, nahezu unlösbares Nationalitätenproblem geschaffen wurde. Die Vergleichbarkeit der internationalen Konstellation der 1860er Jahre mit der nach 1918/19 liegt in den Folgen der Revolutionierung und Niederlage Rußlands 1917/18: Sie schlossen die neue Sowjetmacht von den Versailler Friedensverhandlungen aus, die so - anders als der Wiener Kongreß - keine europäische Friedensordnung unter Beteiligung aller Großmächte schufen; die Gegensätze zwischen den westlichen Demokratien und der Sowjetunion ließen der Weimarer Republik die Chance, die Rapallo-Karte eines Zusammengehens mit Rußland auszuspielen oder auf die Bereitschaft der Westmächte - besonders der USA und Großbritanniens - zu bauen, eine schrittweise Revision von Versailles auch im Hinblick auf die weltrevolutionären bzw. expansiven Zielsetzungen der UdSSR zuzulassen und dem territorial reduzierten Deutschen Reich die Rolle eines stabilisierenden Bollwerks gegenüber der UdSSR Lenins und Stalins einzuräumen.

In vollem Maße sich zunutze machen konnte diese internationalen Rahmenbedingungen erst Hitler. Er hat 1938 - mit skrupellosem politisch-diplomatischem und militärischem Druck - die großdeutsche Einheit hergestellt, die 1918/19 die Siegermächte dem anschlussbereiten Deutsch-Österreich untersagt hatten und der jetzt die Österreicher plebiszitär akklamierten. Damit schien der alte Traum der konservativen wie der demokratischen Großdeutschen der Revolution von 1848/49 realisiert - und dies vollends, als es auch gelang, die weitgehend deutsch besiedelten Sudetengebiete mit der Zustimmung Großbritanniens, Frankreichs und Italiens (unter Ausschluß der Sowjetunion) auf der Münchner Konferenz 1938 an das Reich anzuschließen.

Diese Münchner Konferenz machte deutlich, daß in den gewandelten Verhältnissen der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg und nach der sowjetischen Revolution von 1917 selbst die großdeutsche Lösung der "Deutschen Frage" die Chance der Dauer hatte - soweit man als Historiker Prognosen über die nichtgeschehene Geschichte wagen kann. Voraussetzung wäre gewesen, daß die stärkste Macht auf dem

⁵ Vgl. Josef Becker: *Baden, Bismarck und die Annexion von Elsaß und Lothringen*. In: Alfons Schäfer (Hg.): *Oberrheinische Studien* Bd. II, Karlsruhe 1973, S. 169 sowie (in der Interpretation und der Wertung der Politik Bismarcks problematisch): Eberhard Kolb: *Der Weg aus dem Krieg. Bismarcks Politik im Krieg und die Friedenssicherung 1870/71*. München 1989. Projekte für Bevölkerungs-"Transfer" finden sich 1848/49 u.a. bei der ungarischen Linken.

europäischen Kontinent jetzt jene Saturiertheit, jene Selbstbescheidung bewiesen hätte, die Bismarck vergeblich zur Richtschnur seines Reiches proklamiert hatte.

Für Hitler war der Anschluß Österreichs und der Sudetengebiete nicht Ziel im Sinne der Realisierung des nationalen Selbstbestimmungsrechts. Er stellte nichts anderes dar als eine Etappe auf dem Weg zu einer rassistischen Lebensraumpolitik, deren intendierte und proklamierte Alternative "Weltmacht oder Untergang" lautete. Mit Hitler und seinem System ging auch die großdeutsche Alternative unter. Die Österreicher haben schon während des Krieges ihre eigenen Wege gesucht und nach 1945 gefunden und sie haben in ihrer Mehrheit das Gefühl der Zwischenkriegszeit, ein "Staat wider Willen" zu sein, weit hinter sich gelassen.

III

Bismarcks Deutsches Reich war außenpolitisch das Produkt dreier Kriege, innenpolitisch das Ergebnis einer "Revolution von oben". Die Bundesrepublik Deutschland, die heute als zweiter kleindeutscher Nationalstaat auf dem verkleinerten Territorium des ehemaligen Bismarck-Reiches entsteht, ist innenpolitisch die Frucht einer friedlichen "Revolution von unten"; außenpolitisch stellt sie das Produkt einer europäisch-atlantischen Reise- und Gipfeldiplomatie dar, deren Ergebnisse einmal - jedenfalls soweit sie Deutschland betreffen - mit den Resultaten des Wiener Kongresses verglichen werden können. Dazu gehören vor allem die europäische Einbettung des Prozesses der deutschen Wiedervereinigung unter der maßgeblichen Mitwirkung und Führungsrolle der USA, das formelle Einverständnis aller europäischen Nachbarn mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland und deren Verankerung in der westlichen Allianz - sei es, daß dieses Einverständnis während der "2 + 4-Verhandlungen" zwischen den beiden deutschen Staaten und den Hauptsiegermächten des II. Weltkrieges oder im Rahmen der Sitzungen der "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE) erklärt wurde.

Es ist nicht allein der europäische oder, präziser gesagt: der euro-atlantische Charakter dieser deutschen Wiedervereinigung, der die Lösung der "Deutschen Frage" im Jahre 1989/90 von der Reichs-

gründung 1871 oder der Errichtung des Großdeutschen Reiches 1938 unterscheidet. Es ist das erste Mal in der deutschen Geschichte, daß eine friedliche "Revolution von unten" erfolgreich verlief. 1848/49 scheiterte der Anlauf der bürgerlichen Nationalbewegung innen- wie außenpolitisch: außenpolitisch unter anderem, weil die Idee des Machtstaates in ihrer klein- wie großdeutschen Ausprägung mehr galt als die Ideen des deutschen Nationalstaats, des liberalen und demokratischen Rechts- und Verfassungsstaats⁶ - jene anderen großen Ziele, die in der Frankfurter Paulskirche so leidenschaftlich diskutiert wurden und auf der Tagesordnung der europäischen Politik standen.

Die erste erfolgreiche friedliche "Revolution von unten" in Deutschland, die den grundlegenden Wandel in der DDR herbeiführte, wurde allerdings von Kräften in Gang gebracht, die bei den definitiven Entscheidungen über den Verlauf des Einigungsprozesses und seine Resultate im einzelnen nur mehr eine Randrolle spielten. Es waren kleine oppositionelle Basisgruppen, die vielfach die Freiräume der Evangelischen Kirche in der DDR nutzten und deren ursprüngliches Ziel eine Art systemimmanente Reform der DDR, nicht deren rasches Aufgehen in der Bundesrepublik Deutschland war. Sie haben die sich ständig beschleunigende Entwicklung angestoßen, die über die Montagsgebete in Leipzig und anderen Städten mit den anschließenden Demonstrationen zu immer größeren Massenprotesten führte. In ihnen haben zunächst mit der Parole "Wir sind das Volk" die Demokratisierungsforderungen gegenüber dem Stasi-Regime der SED, dann aber mit dem Ruf "Wir sind ein Volk" und mit dem Zitat aus der DDR-Hymne Johannes R. Bechers "Deutschland, einig Vaterland" das Verlangen nach nationaler Einheit dominiert.

Jede historische Würdigung der Entwicklung, die am 3. Oktober 1990 ihren formalen Abschluß fand, wird zunächst dieser mutigen Frauen und Männer zu gedenken haben, die den Impuls zur Selbstauflösung der DDR gaben und für die repräsentativ hier Bärbel Bohley genannt sei. Unabhängig von allen politischen Präferenzen kann man nur mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, daß das Bundesverfassungsgericht den Basis- und

6 Vgl. Günter Wollstein: Das Großdeutschland der Paulskirche. Nationale Ziele in der bürgerlichen Revolution 1848/49. Düsseldorf 1977.

Bürgergruppen, die durch die spätere Entwicklung überrollt wurden, mit seiner Entscheidung über das Wahlrecht bei der ersten gemeinsamen Parlamentswahl der Deutschen die Chance eröffnet hat, eine Vertretung im ersten gesamtdeutschen Bundestag zu finden.

Ein zweites, ein außenpolitisches Moment gilt es nicht zu vergessen: Das Schicksal der DDR und der anderen kommunistischen Regime in dem bisherigen sowjetischen Hegemonialbereich war in dem Augenblick vorentschieden, als der Eiserne Vorhang riß. Es waren ungarische Reformkommunisten - Ministerpräsident Nemeth und Außenminister Horn - die im September 1989 den Mut hatten, die Grenzen Ungarns für den Exodus der Deutschen aus der DDR zu öffnen. Vorausgegangen war die Preisgabe der Breschnew-Doktrin durch Gorbatschow - jenes Hegemonialanspruchs der Sowjetunion, der den Staaten des sogenannten sozialistischen Lagers nur eine "beschränkte Souveränität" und ein "beschränktes Selbstbestimmungsrecht" zugestand und der zunächst die Unterdrückung des Prager Frühlings von 1968 wie anschließend die Fortdauer der Moskauer Vorherrschaft im Ostblock ideologisch gerechtfertigt hatte.

Den grundlegenden Wandel in der Außenpolitik Gorbatschows als Folge einer sich verschärfenden Zuspitzung der drei Jahrzehnte währenden Strukturkrise des kommunistischen Systems hat der Pariser Historiker G.-H. Soutou bei seinem Festvortrag anlässlich der 20-Jahr-Feier unserer Universität im vergangenen Sommersemester unter anderem auf drei Faktoren zurückgeführt⁷: Zum einem auf die Wahl Johannes Pauls II. im Jahre 1978, die in Polen wesentlich dazu beigetragen hat, die antikommunistische Oppositionsbewegung zu stärken und damit einen Prozeß auslöste, der auf ganz Mittel- und Mitteleuropa übergriff. Zum zweiten auf die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) des amerikanischen Präsidenten Reagan vom Jahre 1983, die den Sowjets deutlich machte, daß ihre Aufrüstungsanstrengungen der 60er und 70er Jahre umsonst waren und daß der technologische Wettlauf mit den USA nicht gewonnen werden konnte. Und zum dritten auf den von Bundeskanzler Helmut Schmidt angeregten und seinem Nachfolger Helmut Kohl

durchgesetzten Nato-Doppelbeschluß, der den sowjetischen Versuch vereitelte, einen Keil zwischen die USA und Europa zu treiben.

Man wird zu diesen Faktoren den sogenannten Helsinki-Prozeß der "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" hinzurechnen müssen. Er hat 1975 einerseits die formelle Respektierung der europäischen Nachkriegsgrenzen gebracht, andererseits aber mit der prinzipiellen Anerkennung der Menschenrechte einschließlich der Zusage konkreter Verbesserungen im humanitären Bereich Sprengsätze in den totalitären Regimen des Ostblocks gelegt. Wie immer die Historiker einmal aus einer größeren zeitlichen Distanz die komplexen Ursachen für das Scheitern des "größten Sozial-experiments dieses Jahrhunderts" (H. P. Schwarz) gewichten werden - es ist offensichtlich, daß der ökonomisch-politische Kollaps des marxistisch-leninistischen Staats- und Gesellschaftsmodells im ehemaligen Sowjetblock und dessen nationale Desintegration in erster Linie auf jene "imperiale Überspannung" des Wirtschaftssystems und des Industriepotentials zurückzuführen sind, die der britische Historiker Kennedy in einem vieldiskutierten Buch als elementare Symptome des Niedergangs einer Großmacht beschrieben hat⁸.

Auf dem Hintergrund dieses welthistorischen Prozesses des Scheiterns der marxistisch-leninistischen Utopie hat das deutschlandpolitische und generell das verfassungspolitische Konzept der Gründungsväter der Bundesrepublik Deutschland - um noch einmal G.-H. Soutou zu zitieren - eine "triumphale Bestätigung" erfahren. In der Bonner Verfassung sind Grundwerte des staatlich-gesellschaftlichen Zusammenlebens in einer Rangordnung verankert, die den Erfahrungen aus der Geschichte des deutschen Nationalstaates und generell des Nationalismus seit dem 19. Jahrhundert Rechnung tragen. In der Trias "Einheit, Freiheit und Friede" steht nicht die nationale Einheit, sondern die Freiheit, die Freiheit des Individuums und der Staatsgesellschaft an der ersten Stelle. In der Reaktion auf die grauenvolle Perversion eines idealistischen Nationalstaatsgedankens im rassistischen NS-Regime und in der Auseinandersetzung mit dem zweiten säkularen Totalitarismus - dem kommunistischen

7 Vgl. Georges-Henri Soutou: Deutsche Einheit - Europäische Einigung, Französische Perspektiven. Augsburgsburger Universitätsreden 18. Augsburg 1990.

8 Paul Kennedy: The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000. New York 1987.

Sowjetsystem - waren sich die großen Parteien und ihre führenden Repräsentanten Adenauer, Schumacher und Heuss einig, daß - wie es 1832 einer der Wortführer der bürgerlichen Nationalbewegung, Karl von Rotteck, formuliert hatte - bei der Alternative "Freiheit oder Einheit" die Priorität der Freiheit gehöre. Und es war jedenfalls eine Grundüberzeugung aller demokratischen Parteien des Parlamentarischen Rats, daß (wie wir es heute formulieren) von deutschem Boden nie mehr Krieg ausgehen dürfe, daß die nationale Einheit also anders als in der Ära Bismarcks nie wieder mit dem Mittel militärischer Machtpolitik angestrebt werden dürfe. Und eine für die Zukunft besonders bedeutende Verfassungsbestimmung: die Festlegung, daß durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen werden können - die Bereitschaft also zum Verzicht auf Souveränitätsrechte zugunsten der europäischen Einigung. Es war und ist dies eine einmalige Verfassungsbestimmung, die Voraussetzung dafür war, die nationalpolitischen Zielsetzungen mit dem Ziel der europäischen Einigung zu koppeln. Diese Bereitschaft zum Souveränitätsverzicht stand im übrigen im engen sachlichen Zusammenhang mit der dauerhaften Festschreibung unveräußerlicher Grundrechte in der Bonner Verfassung als Ausdruck der Erfahrung des 19. und 20. Jahrhunderts, daß nur allzu oft und nicht nur in Europa - um ein Wort Grillparzers zu variieren - der Weg von der Souveränität über die Nationalität zur Bestialität führte.

Die Grundentscheidung über die Rangfolge von fundamentalen Werten und Zielen unserer Verfassung hat die Basis abgegeben für ein Konzept zur Überwindung der deutschen Spaltung, für das wohl der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher die Bezeichnung "Magnettheorie" in Umlauf brachte. Dieses Konzept hat seine maßgebliche Ausprägung durch Konrad Adenauer erfahren und wurde von allen großen Parteien getragen. Es beruht auf der Überzeugung, daß der Aufbau einer freiheitlichen parlamentarischen Demokratie wie die Herstellung des Rechtsstaates und die Entwicklung einer leistungsfähigen sozialen Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland eine magnetische Sogwirkung verleihen werde, der das System einer totalitären Parteidiktatur marxistisch-leninistischen Zuschnitts auf Dauer nicht widerstehen könne. Es war ein Konzept, wie es in der CDU/CSU den freiheitlich-konservativen Traditionen der christlichen Demokratie, in der SPD den Traditionen eines freiheitlich-demokratischen Sozialismus und in der FDP dem

liberalen und nationalen Erbe des freiheitlichen Liberalismus entsprach. Differenzen zwischen den großen Parteien bestanden damals im Rahmen dieses "Magnetkonzepts" über die Frage einer Neutralität Deutschlands - die in Teilen der FDP und SPD angestrebt oder nicht ausgeschlossen wurde - und über die positiven oder negativen Rückwirkungen einer westeuropäischen Integration der Bundesrepublik. In einer gewandelten Weise griff diese "Magnettheorie" im übrigen ein liberales Konzept aus der Reichsgründungszeit auf, als die kleindeutsche Nationalbewegung Preußens "deutschen Beruf" darin sah, durch fortschrittliche Reformen "moralische Erorberungen" in Deutschland zu machen und so die nationale Einheit herbeizuführen.

Als die Universität Augsburg 1979, dreißig Jahre nach der Verabschiedung des Grundgesetzes, eine Ringvorlesung über die drei Jahrzehnte der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik veranstaltete, hieß es in der Bilanz der "konstitutionellen Konkurrenz", des Wettbewerbs der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ordnungen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs und in der Bilanz der Politik der Westintegration, daß die Wiedervereinigungspolitik entsprechend der "Magnettheorie" die erhofften Erfolge nicht gebracht habe und daß die Erwartung, auf dem Weg über die westeuropäische Integration die nationalstaatliche Wiedervereinigung mit außenpolitischer Optionsfreiheit zu erreichen, jedenfalls bislang getrogen habe⁹.

Konrad Adenauer hatte übrigens gegen Ende der 50er Jahre angesichts des Einfrierens der "Deutschen Frage" während des Kalten Krieges und der Fortdauer des Flüchtlingsstroms aus der DDR selbst noch zu erkennen gegeben, daß er bereit war, seine Deutschlandpolitik in einer Weise zu modifizieren, die auf einen wenigstens vorläufigen Verzicht auf die Wiedervereinigung hinauslief. Adenauers Überlegungen - sein sogenanntes Österreich-Modell - sollte den Deutschen in der DDR die Chance zur innen- und verfassungspolitischen Freiheit eröffnen und dieses Ziel den Sowjets durch die Festlegung der Neutralität und des Anschlußverbots entsprechend dem österreichischen Beispiel akzeptabel machen. Damit wurden (zunächst noch zögernd) in der Deutschlandpolitik die Weichen von

9 Vgl. Josef Becker (Hg.): Dreißig Jahre Bundesrepublik. Tradition und Wandel. München 1979, S. 197 ff.

der Priorität der Wiedervereinigung in die Richtung einer Priorität humanitärer Erleichterungen gestellt. Aus dem Kreis der Bundesregierung lieferte 1958 Franz Josef Strauß dafür das Stichwort, als er feststellte: "Ist es denn wirklich die Wiedervereinigung, die uns in erster Linie drängt, quält, bedrückt, treibt? Es ist doch weniger die Wiedervereinigung im Sinne der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands, es ist doch vielmehr das Herzensanliegen der Wiederherstellung demokratischer und menschenwürdiger Zustände in diesem Gebiet ..."¹⁰. Mauerbau 1961 und weltweite Entspannungspolitik nach der Kuba-Krise haben dann maßgeblich dazu beigetragen, daß in den 60er Jahren an die Stelle einer aktiven Politik der Wiedervereinigung die Politik der Nichtanerkennung der Teilung Deutschlands ohne konkrete Hoffnung auf deren Überwindung trat und Deutschlandpolitik ihr Hauptziel in humanitären Erleichterungen hatte.

Der ehemalige amerikanische Präsidentenberater Brzezinski hat einmal festgestellt, daß sich zwischen den Anfangsjahren der Bundesrepublik und dem Beginn der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition Brandt/Scheel 1969 ein Wandel in der Deutschlandpolitik von einem Programm maximaler Ziele bei minimalen Konzessionen zu einer Politik minimaler Ziele bei maximalen Kosten vollzog. Maximale Ziele: das waren Wiedervereinigung und Bündnisfreiheit mit der Teilrevision der deutsch-polnischen Grenze; maximale Kosten: das war die Anerkennung der Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze und der Existenz zweier deutscher Staaten im Grundlagenvvertrag und den Ostverträgen von 1970/72; minimale Kompensation: das war die Bereitschaft der UdSSR, den Status quo der Bundesrepublik und vor allem die Freiheit West-Berlins in Verbindung mit humanitären Erleichterungen anzuerkennen.

Dennoch: Im historischen Rückblick erscheinen die deutschlandpolitische Strategie der "Magnettheorie" mit der Westintegration aus den Gründerjahren der Bundesrepublik und 20 Jahre später die Ostpolitik Willy Brandts und Walter Scheels bzw. von dessen Nachfolger Hans-Dietrich Genscher als die zwei entscheidenden Grundvoraussetzungen für den Gewinn der politischen Freiheit für die Deutschen der DDR und damit für das Ende der deutschen

¹⁰ Zit. nach Rudolf Schuster: Deutschlands staatliche Existenz im Widerstreit politischer und rechtlicher Gesichtspunkte 1945-1963. München 1963, S. 276.

Teilung. Der "konstitutionellen Konkurrenz" mit der liberalen parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik und dem ökonomischen Wettbewerb mit ihrer sozialen Marktwirtschaft hat sich der marxistisch-leninistische Zwangsstaat der DDR mit seiner kommunistischen Kommandowirtschaft als hoffnungslos unterlegen erwiesen; Westintegration und Anerkennung der Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze haben jenes Vertrauenspotential bei den Nachbarn in West und Ost geschaffen, ohne das die europäisch-atlantische Einbindung der deutschen Wiedervereinigung, das "Ja" aller seiner Nachbarn zum Maximalziel eines neuen deutschen Nationalstaates mit außenpolitischer Bündnisfreiheit (und das bedeutet: fortdauernder Westorientierung) nicht denkbar gewesen wäre.

XXX

Der nüchterne historische Rückblick schließt an dieser Stelle: Was noch bleibt, sind einige Überlegungen eines Bürgers der alten und der neuen Bundesrepublik Deutschland, der in den letzten 45 Jahren versuchte, den Gang der deutschen Politik in ihren internationalen Zusammenhängen zu verfolgen.

Wer am 2. und 3. Oktober 1990 die Erklärungen führender deutscher Politiker hörte - des "Kanzlers der deutschen Einigung" Helmut Kohl und des einzigen freigewählten Ministerpräsidenten der DDR, Lothar de Maizière, des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker und der beiden Parlamentspräsidentinnen Bergmann-Pohl und Süßmuth, des Außenministers Genscher und des Altkanzlers Brandt - der wird festgestellt haben, daß ihre Empfindungen bei der Vereinigung der beiden deutschen Staaten vor allem solche der Dankbarkeit, nicht des patriotischen oder nationalistischen Überschwangs gewesen sind. Der Dankbarkeit zunächst für die Wiedergewinnung der Freiheit von Millionen Deutschen, denen die Freiheit, die wir seit Jahrzehnten genießen, zwei Menschenalter vorenthalten blieb.

Wenn wir Freude empfinden darüber, daß sich in dem Wettbewerb zweier politisch-gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Systeme unsere Ordnung, die der parlamentarischen Demokratie des Westens und der sozialen Marktwirtschaft, durchgesetzt hat, dann ist dies nicht der naive Ausdruck eines selbstgerechten Überlegenheits-

gefühls. Die friedliche "Revolution von unten" in der DDR mit ihren vielen namenlosen Trägern und die ähnlichen Bewegungen in den Ländern Ost- und Mitteleuropas wie in der Sowjetunion, für die repräsentativ Namen wie Sacharow und Walesa, Vaclav Havel und Mircea Dinescu stehen, beweisen, daß der Gedanke der Freiheit auf Dauer nie ausgelöscht werden kann, daß es allerdings einer steten Bereitschaft bedarf, sie gegen die Extreme von rechts und von links zu verteidigen. Die DDR-Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Buchenwald - bislang Zeugnis für Millionen von Opfern des nationalsozialistischen Totalitarismus - sollte in Zukunft auch Mahnmahl für die Frauen und Männer vor allem aus der demokratischen Arbeiterbewegung sein, die nach 1945 Opfer des marxistisch-leninistischen Totalitarismus wurden. Sie sollte daran erinnern, daß der Stalinismus kein "Betriebsunfall" in der Geschichte des Marxismus war - daß vielmehr der "Archipel Gulag" bereits unter Lenin seinen Anfang nahm und schon Marx und Engels der "Ursünde der Gewalt" (A. Döblin) verfallen waren. Nicht nur Stalin und Lenin, auch Marx und Engels sollten wir daher den Feinden der freiheitlichen Demokratie überlassen¹¹.

Der Priorität der Freiheit in der Wertehierarchie unseres Grundgesetzes hätte es entsprochen, wenn der 9. November als Tag des Falls der Berliner Mauer - des Symbols politischer Unfreiheit - zum Nationalfeiertag der Bundesrepublik Deutschland erklärt worden wäre. Man hat mit guten Gründen darauf verzichtet. Als Datum der Vereinigung der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage freier Selbstbestimmung wird der 3. Oktober künftig zu Recht unser Nationalfeiertag sein¹². Der 9. November wird ein denkwürdiger Tag bleiben - als Tag des Durchbruchs der Freiheit für die Deut-

schen der DDR. Aber er wird auch in den kommenden Jahrzehnten die Deutschen an die dunklen Stunden der sogenannten "Reichskristallnacht" des 9. November 1938 wie an den Hitler-Putsch des Jahres 1923 und damit symbolisch an das unendliche Leid erinnern, das der Rassenwahn und die Weltmachtambitionen des Nationalsozialismus zur Folge hatten.

Das neue, größere Deutschland wird nach der Überwindung der drängendsten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme des Beitritts der DDR einen anderen Stellenwert als der bisherige westdeutsche Kernstaat im internationalen Staatensystem haben. Gesamtdeutsche Außenpolitik wird nicht einfacher, sondern schwieriger werden. Als 1981 an der Universität Augsburg eine wissenschaftliche Konferenz über die Deutsche Frage im 19. und 20. Jahrhundert stattfand, bestand eine Art Konsens unter den Historikern aus Europa und den USA, daß eine der Voraussetzungen für die deutsch-französische Verständigung das ungefähre Kräftegleichgewicht zwischen Frankreich und der Bundesrepublik sei, wie es in der Bevölkerungszahl und dem Wirtschaftspotential seinen Ausdruck findet. Die Auffassung war verbreitet, daß Europa auseinanderbrechen werde, wenn die deutsche Wiedervereinigung komme¹³. Es stimmt hoffungsvoll, daß 10 Jahre später G.-H. Soutou bei seinem Augsburger Vortrag die deutsche Wiedervereinigung als den natürlichen und notwendigen Abschluß der deutschen Nationalstaatsbildung des 19. Jahrhunderts bezeichnete, der den Erfordernissen der europäischen Politik und der weiteren Vereinigung des Kontinents entspreche.

Dieses Urteil wird allerdings nur dann Bestand haben, wenn die Deutschen die dritte Chance ihrer Nationalstaatsgründung anders nutzen als die Generationen und Führungseliten des kleindeutschen Bismarck-Reiches und des großdeutschen Hitlerreiches. Wesentliche Voraussetzungen dafür sind gegeben: Anders als bei der Gründung des Bismarck-Reiches ist die Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht von einer nationalistischen Grundwelle begleitet. Als charakteristisch dafür mag man ansehen, daß noch vor wenigen Mo-

11 Vgl. dazu im Hinblick auf die Violenzmystik des frühen Marx das Urteil Ossip K. Flechtheims: "Den Terroristen Marx müssen wir also wohl den Gegnern der Demokratie konzedieren ..." (Marx und die Sozialdemokratie. In: Marxismus-Leninismus. Geschichte und Gestalt. Universitätstage 1961. Berlin 1961, S. 95). In der Publizistik des Jahres 1989/90 hat - wenn ich recht sehe - Brigitte Seebacher-Brandt immer wieder darauf hingewiesen, daß sich auf Marx/Engels und ihr Erbe keine Demokratie gründen lasse. (Dazu auch vom Vf.: Das Gewaltproblem bei Marx und Engels. In: Josef Becker/Rolf Bergmann, Hg.: Wissenschaft zwischen Forschung und Ausbildung. Ansprachen und Vorträge anlässlich der Errichtung der Philosophischen Fachbereiche I und II der Universität Augsburg. München 1975).

12 Dazu: Gotthard Jasper: Der Tag der Deutschen Einheit. Gedanken zur historisch-politischen Ortsbestimmung des 3. Oktober 1990. Erlangen 1990.

13 Vgl. Becker/Hillgruber (wie Anm. 2), S. 452 f. Zum Folgenden vgl. auch die Beobachtungen und Einschätzungen von James J. Sheehan: German Reunification and the Future of Europe. In: The Commonwealth. The Weekly Newsletter of the Commonwealth Club of California vom 17. Dez. 1990.

naten in Spanien der Prozentsatz derjenigen, die der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zustimmten, höher lag als bei den Bürgern der alten Bundesrepublik. Anders als 1870/71 beim Anschluß der süddeutschen Staaten an den Norddeutschen Bund Bismarcks bedeutet der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik auf der Basis unseres Grundgesetzes nicht das Abschneiden eines Liberalisierungs- und Demokratisierungsprozesses, sondern die eindrucksvolle Bestätigung für die erfolgreiche Begründung einer parlamentarischen Demokratie auf der Basis der sozialen Marktwirtschaft und ihrer Bewährung in 40jähriger Konkurrenz mit dem totalitären System des Sowjetmarxismus in der DDR; anders als dies unter Bismarck geschah, wird der neue kleindeutsche Nationalstaat nicht auf den Trümmern der polnischen Freiheit errichtet, sondern ist eingebettet in einen europaweiten Prozeß nationaler Selbstbestimmung und konstitutioneller Demokratisierung; anders als 1870/71 ist die deutsche Einheit 1990 mit einem freiwilligen Verzicht in den Kernbereichen der nationalstaatlichen Souveränität verbunden - vor allem der freien Bestimmung über Art und Umfang der bewaffneten Macht. Und anders als 1870/71 ist der deutsche Nationalstaat Glied einer westeuropäischen Staatengemeinschaft aufgrund einer von allen großen Gruppierungen getragenen Absage an einen nationalen oder verfassungsmäßigen "Sonderweg" zwischen Ost und West.

Die Unumkehrbarkeit der westeuropäischen Einigung und ihre organische Erweiterung um Ostmitteleuropa - wozu die historische KSZE-Konferenz in Paris am 20./21. November 1990 mit der Erklärung über das Ende des Kalten Krieges die formellen Voraussetzungen geliefert hat - wird (außer in der Entwicklung der Sowjetunion) eine ihrer Grundbedingungen darin haben, daß die Deutschen ihr außerordentliches Wirtschaftspotential, das nach dem Ablauf eines Jahrzehnts durch die Modernisierung der Industrie der ehemaligen DDR einen bedeutenden Kapazitätszuwachs erhalten wird, nicht zur ökonomischen und politischen Dominanz nutzen werden. Dazu gehört auch die Abwendung vom DM-Nationalismus unserer Bundesbank und die Bereitschaft, gemeinsam mit den anderen westlichen Industriestaaten die wirtschaftliche Sanierung Ostmitteleuropas und in der UdSSR zu unterstützen und das Hauptproblem unserer Zukunft - den Nord-Süd-Konflikt - wirtschaftlich und politisch zu entschärfen. Nur auf diese Weise werden wir einen Beitrag dazu leisten können, daß das nationalistische und

wirtschaftlich-soziale Konfliktpotential, das im Zuge der Transformation bzw. der Desintegration der UdSSR und in ihrem ehemaligen Hegemonialbereich offenkundig geworden ist, reduziert und neutralisiert werden kann.

Diese Bereitschaft der Deutschen wird allerdings auch die Bereitschaft der anderen westeuropäischen Staaten - vor allem Frankreichs und Großbritanniens - erfordern, von überkommenen Souveränitätsvorstellungen Abschied zu nehmen und in den Entscheidungsgremien der EG Mehrheitsbeschlüsse zu akzeptieren, die auch das Zentrum der traditionellen politischen Souveränität - die Außen- und die Verteidigungspolitik - betreffen. Das wird - wenn man von den bisherigen Erfahrungen ausgeht - kein einfacher und kein sehr schneller Prozeß sein. Er könnte - jedenfalls atmosphärisch - günstig beeinflußt werden, wenn Bonn auch künftig Regierungssitz der Bundesrepublik bliebe¹⁴. Die Stadt am Rhein war und ist eine politische Zentrale ohne den imperialen Gestus des Berlin des 19. Jahrhunderts und von einem Zuschnitt, der den Traditionen, den Aufgaben und dem Stil eines funktionierenden Föderalismus gemäß ist. Bonn ist zum Synonym einer zuverlässigen West-Orientierung der deutschen Politik geworden. Und Bonn ist nicht zuletzt Symbol einer - trotz aller Defizite im einzelnen - erstaunlich gut gelungenen Demokratiegründung, die ihre bisherigen politischen, ökonomischen und sozialen Belastungsproben bestanden hat und von der wir zuversichtlich erwarten dürfen, daß sie die schwierigen inneren Aufgaben, die ihr bei der Überwindung des materiellen Erbes einer vierzigjährigen sowjetmarxistischen Herrschaft in der DDR bevorstehen, institutionell und wirtschaftlich bewältigen kann.

Drei Jahrzehnte hindurch schien die deutsche Spaltung, schien die Existenz zweier deutscher Staaten ein stabilisierender Faktor in einer zweigeteilten Welt zu sein. Das Ende des Kalten Krieges hat den Deutschen die in diesem Jahrhundert und von vielen von uns auch in den folgenden Jahrzehnten nicht mehr erhoffte Wiedervereinigung gebracht. Wie in allen großen historischen Entscheidungssituationen mischen sich Risiken und Chancen. Risiken werden wir,

14 Aus der Fülle der kontroversen Stellungnahmen vgl. Peter Häberle: Die Hauptstadtfrage als Verfassungsproblem. In: Die Öffentliche Verwaltung 43, 1990.

wird der wiederhergestellte kleindeutsche Nationalstaat vor allem dann laufen, wenn unsere Generation und die ihr folgenden Generationen die Lehren vergessen, die aus den früheren Wegen zu anderen nationalstaatlichen Formen zu ziehen sind. Ich denke, wir können nach vier Jahrzehnten demokratischer Entwicklung in der alten Bundesrepublik und angesichts der Diskreditierung des totalitären marxistisch-leninistischen Systems in der ehemaligen DDR zuversichtlich sein, daß das Erbe von Männern wie Adenauer und Schumacher, Heuss und Erhard, Willy Brandt und Genscher, Helmut Schmidt, Franz-Josef Strauß und Helmut Kohl wie der politischen Gruppen, die sie repräsentieren, eine feste Basis auch für die künftige Entwicklung der Republik der Deutschen in der Mitte Europas sein wird.

Für die junge Generation der Deutschen haben die weltgeschichtlichen Weichenstellungen, die zum Ende des Kalten Krieges, zur Überwindung der Spaltung Europas und der Teilung Deutschlands führten, ungewöhnliche Chancen eröffnet. Eine historische Herausforderung im Sinne Toynbees ist da. Es liegt an uns, auf diese Herausforderung in Europa und in der Welt - vor allem für das Verhältnis von Wohlstandsländern und Notgebieten - die richtigen Antworten zu finden.

Veröffentlicht mit Unterstützung der Kurt-Bösch-Stiftung
zugunsten der Universität Augsburg.